

Der 15. Juli dieses Jahres war ein besonderes Datum in den albanisch-türkischen Beziehungen. Das konnte jeder erkennen, der sich in Tirana aufhielt. Mehrere Hundert Menschen liefen durch die albanische Hauptstadt, sie trugen meterlange albanische und türkische Flaggen. Ihr Ziel: der Stadtpark Tiranas. Dort war der sogenannte Park der Demokratie vom 15. Juli errichtet worden.

VON MICHAEL GRAUPNER

Die Menschenmasse passierte eine Allee, die „Straße der Märtyrer vom 15. Juli“. 251 Bäume säumen die Straße, sie wurden eigens aus der Türkei importiert. Schließlich hielt die Menge an einer Gedenkplakette aus schwarzem Granit. In goldener Schrift sind darin die Namen der 251 Personen eingraviert, die beim dem gescheiterten Putschversuch in der Türkei am 15. Juli 2016 ums Leben gekommen sein sollen. Es ist das erste Denkmal dieser Art außerhalb der Türkei – der türkische Staat selbst hat es in Auftrag gegeben und finanziert.

Albanien ist ein Paradebeispiel für den gewachsenen Einfluss der Türkei auf dem Balkan, der einst zum Osmanischen Reich gehörte. Während die türkische Regierung im Norden Syriens mit Panzern und Soldaten einrückte, expandiert sie auf dem Westbalkan deutlich subtiler. Die EU hat die Wirkung der türkischen „Soft Power“ zuletzt unfreiwillig verstärkt.

Auf dem EU-Gipfel im Oktober konnten sich die Mitgliedsstaaten nicht auf die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien einigen, die Entscheidung wurde vertagt. Nun drängt die Türkei in Einflussphären, aus denen sich die EU zurückzieht. In Albanien und Nordmazedonien dürfte man die Annäherung Ankaras begrüßen, hat doch das Zögern Brüssels zu einer EU-Ernüchterung geführt.

„Albanien nimmt eine Schlüsselrolle in der neo-osmanischen Außenpolitik der Türkei ein“, sagt der albanische Politikwissenschaftler Enri Hida. Er forscht an der privaten Europa-Universität in Tirana zu internationalen Beziehungen. Hida verweist auf die Doktrin des früheren türkischen Außenministers, Ahmet Davutoğlu, der 2009 davon gesprochen hatte, wieder den Geist eines „osmanischen Balkans“ in der Region etablieren zu wollen.

Die fast 500-jährige Herrschaft auf dem Balkan bietet vor allem für die Länder Anknüpfungspunkte, in denen es viele Muslime gibt – dazu gehören Albanien, der Kosovo, Nordmazedonien sowie Bosnien und Herzegowina. Dort, so Hida, versuche die Türkei nun seit einigen Jahren, diesen Ansatz in konkrete Außenpolitik umzusetzen. Gerade in diesen Ländern baut und renoviert Ankara Moscheen und andere Kulturdenkmäler. Mitten in Tirana entsteht die größte Moschee auf dem Balkan. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan persönlich soll den Bau gebilligt haben, der vollständig aus türkischen Geldern finanziert wird.

Das türkische Engagement kommt mit Gegenforderungen. In der Zeit vor 2016 war es besonders die Gülen-Bewegung, die sich kulturell im Westbalkan engagierte – bis 2016, als es in der Türkei einen Putschversuch gab. Erdogan macht Fetullah Gülen, den Kopf der Bewegung, und seine Anhänger dafür verantwortlich. Ankara forderte daraufhin die Regierungen Albanien, Kosovos und Nordmazedoniens auf, die von der Gülen-Bewegung geführten Institutionen zu schließen und ihre führenden Mitglieder der Türkei zu überstellen.

Offiziell haben die Länder das abgelehnt. Trotzdem änderte sich in den letzten drei Jahren die Trägerschaft von zahlreichen Kindergärten, Schulen und Universitäten. Die staatliche türkische Maa-



Die Renovierung der Bazar-Moschee im albanischen Gjirokastra wird von der Türkei mitfinanziert

rif-Stiftung hat derweil selbst solche Institutionen gegründet: In Tirana hat sie im Sommer den „Farm Kindergarten Albania“ eröffnet, ein Jahr zuvor hat sie mit der „University of New York Tirana“ die älteste private albanische Universität, gekauft.

Dass die Türkei in dem kleinen Balkanland durchaus Sympathien genießt, lässt sich nicht nur daran erkennen, dass es in der zweitgrößten Stadt des Landes, Durrës, ein von Albanern geführtes Restaurant namens „Erdogan Pizza“ gibt. Auch der albanische Premierminister Edi Rama hofiert den türkischen Präsidenten. Rama hat sogar öffentlich davon gesprochen, dass er ein enger Freund Erdogans sei, und war Gast bei der Hochzeit dessen zweiter Tochter. Doch es ist bei Weitem nicht nur kultureller Einfluss, den die Türkei auf dem Westbalkan ausübt. „Die Türkei hat Zugang zu strategischen Ressourcen und zentralen Wirtschaftsbereichen in Albanien erlangt“, sagt Politikwissenschaftler Hida. Die Türkei investiert in Fluggesellschaften, Infrastrukturprojekte, Telekommunikationsunternehmen und ins Bankengeschäft. 2016 war sie nach Italien, Deutschland und China zusammen mit Griechenland der viertgrößte Handelspartner Albanien und investierte dort 368 Millionen US-Dollar.

Was in Albanien besonders sichtbar ist, gilt auch für die anderen Westbalkanstaaten: Im Kosovo betreibt eine türkische Firma, die von der AKP kontrolliert wird, den Flughafen der Hauptstadt Pristina. Dieselbe Firma hat auch das kosovarische Stromnetz gekauft. In der nordmazedonischen Hauptstadt Skopje gehört der Flughafen ebenfalls einem türkischen Unternehmen. In Serbien ist die Türkei vor allem im Energiesektor aktiv – gerade wird eine Gaspipeline zwischen beiden Ländern gebaut.

Die Länder des westlichen Balkans wollen in die EU. Montenegro ist bereits seit 2010 Beitrittskandidat, Serbien seit 2014. Albanien und Nordmazedonien hatten gehofft, endlich am 18. Oktober zu solchen erklärt zu werden. Vergeblich: Vor allem Frankreich lehnt Beitrittsverhandlungen mit beiden Ländern strikt ab. „Das französische Veto war ein

Erdogans Traum vom osmanischen Balkan

Frankreichs Präsident Macron ist strikt gegen den EU-Beitritt von Albanien und Nordmazedonien. Das treibt den Balkan der Türkei in die Hände. Und Erdogan nutzt die Gelegenheit nur zu gern, sein Einflussgebiet zu vergrößern. Ein Besuch in Albanien.



Morales kündigt Neuwahlen an

Bolivians Präsident will aber noch nicht sagen, ob er wieder antritt. Demonstranten stürmen Fernsehsender

Nach wochenlangen Protesten in Bolivien hat der umstrittene Staatschef Evo Morales die Einberufung von Neuwahlen angekündigt. Der linksgerichtete Präsident verkündete am Sonntag im bolivianischen Fernsehen, er werde „neue nationale Wahlen“ einberufen und zudem alle Mitglieder des Obersten Wahlgerichts austauschen. Einen Zeitpunkt für die Wahlen nannte er aber nicht. Kurz zuvor hatte die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) gefordert, dass die bolivianische Präsidentschaftswahl vom 20. Oktober für ungültig erklärt werden solle.

Morales sagte, er werde „neue nationale Wahlen einberufen, die es dem bolivianischen Volk ermöglichen, durch eine demokratische Abstimmung neue Behörden zu wählen“. Dabei sollten

„neue politische Akteure einbezogen“ werden – der amtierende Präsident ließ aber zunächst offen, ob er selbst erneut antreten werde. Zum Zeitpunkt der geplanten Wahlen machte er ebenfalls keine Angaben.

Mit seiner Entscheidung wolle er die Lage im Land beruhigen, sagte Morales mit Blick auf die Massenproteste der vergangenen Wochen. Alle Bürger seien aufgerufen, zu einer Befriedung der Situation beizutragen.

Morales kündigte überdies an, es werde „in den kommenden Stunden“ eine Parlamentssitzung zu der Frage geben, mittels welcher Verfahren eine Neubesetzung der Wahlkommission erfolgen solle. Mit der Neubesetzung kommt Morales einer zentralen Forderung der Opposition nach, die dem Gre-

mium Wahlfälschung vorgeworfen hatte. Morales' Herausforderer bei der Präsidentschaftswahl, Carlos Mesa, forderte am Sonntag den Rücktritt des Staatschefs, wenn dieser „noch einen Funken Patriotismus“ habe. Weder Morales noch sein Vizepräsident Alvaro García seien „in der Lage, den Wahlprozess zu leiten“.

Die OAS war am Sonntag in einem vorläufigen Bericht zu dem Ergebnis gekommen, dass es bei der Stimmauszählung zum Urnengang vom 20. Oktober Unregelmäßigkeiten gab. Die Organisation könne die „Ergebnisse der untersuchten Wahl nicht bestätigen“, weshalb ein „neuer Wahlprozess“ unter „neuen Bedingungen“ empfohlen werde – unter anderem mit einer neu besetzten Wahlkommission.

Morales hatte am Samstag alle im Parlament vertretenen Parteien nachdrücklich zum Dialog aufgefordert. Sein Rivale Mesa wies das Angebot zurück. Mit Morales und dessen Regierung gebe es „nichts zu verhandeln“. Auch eine weitere Oppositionspartei schlug das Gesprächsangebot aus. Die einflussreichen Bürgerkomitees, die die Proteste maßgeblich organisierten, hatte der Präsident ausdrücklich von seinem Angebot ausgeschlossen.

Kuba solidarisierte sich derweil mit Morales und forderte die internationale Gemeinschaft auf, das „Putschabenteuer des Imperialismus und der Oligarchie“ in Bolivien zu verurteilen. In dem südamerikanischen Land gibt es seit drei Wochen massive Proteste gegen das von der Wahlkommission verkündete offi-

zielle Ergebnis der Präsidentschaftswahl vom 20. Oktober, wonach Amtsinhaber Morales knapp gegen seinen konservativen Herausforderer Mesa siegte. Die Opposition und viele Bürger vermuten Wahlbetrug. Bei den Protesten kamen bislang drei Menschen ums Leben, mehr als 250 weitere wurden verletzt. Demonstranten besetzten die Zentralen zweier Staatssender. Die Mitarbeiter des Fernsehsenders Bolivia TV und des Radiosenders Radio Patria Nueva verließen das Sendergebäude in der Hauptstadt La Paz unter den Buhrufen Hunderter Demonstranten. Morales behauptete außerdem, auf das Haus seiner Schwester in dem Ort Oruro sowie auf die Gouverneursresidenzen in Oruro und Chuquisaca seien Brandanschläge verübt

Dolchstoß für den Erweiterungsprozess“, sagt Florian Bieber, der südosteuropäische Geschichte an der Universität Graz unterrichtet. Die Enttäuschung in Albanien und Nordmazedonien sei groß. „Warum soll man als Politiker, der in die EU möchte, noch Risiken eingehen?“ Welche Risiken der Beitrittsprozess verlangt, war zuletzt daran abzulesen, dass Nordmazedonien dafür sogar seinen Namen geändert hat. Als Reaktion auf die jüngste Ablehnung hat der nordmazedonische Ministerpräsident Neuwahlen ausgerufen. „Man muss jetzt den Ländern attraktive Angebote für eine engere Zusammenarbeit machen“, sagt Bieber. Eine „spezielle Partnerschaft“, wie sie der französische Präsident statt eines EU-Beitritts nun vorgeschlagen hat, gehören für ihn nicht dazu. Das sei so, „als würde man in einer offenen Beziehung leben, aber nicht zusammenziehen“, so der Südosteuropä-Experte. Die EU hat mit ihrer Entscheidung ein Vakuum hinterlassen. Die Türkei dürfte sich nun noch stärker engagieren. „Der türkische Einfluss wird sich weiter verstärken im Hinblick europäischer Schwäche“, sagt Bieber. Es hänge nun von der EU ab, einen neuen Zugang zur Region zu gewinnen und ihre Glaubwürdigkeit wiederherzustellen.

In Albanien hatte in der Vergangenheit Premierminister Rama immer wieder angedeutet, dass man sich noch stärker der Türkei zuwenden wolle, sollte die EU dem Land keine Beitrittsperspektive gewähren. Dennoch sei auch der Einfluss Erdogans begrenzt, meint Bieber: „Die Türkei kann Albanien und den anderen Ländern des Westbalkans nicht das anbieten, was die EU kann.“ Der größte Handelspartner ist nach wie vor die EU.

Dass die türkische Einflussnahme nicht auf ungeteilte Gegenliebe in Albanien stößt, zeigt ein Besuch des Denkmals für den gescheiterten Putschversuch in der Türkei. Ende August wurde darauf ein Anschlag verübt: Ein Mann schlug mit einer Stahlkugel eine Ecke der Granitplatte ab. Jetzt wird das Monument von einem halben Dutzend Polizisten bewacht. Eine dunkelgrüne Plane verhüllt die Namen der 251 türkischen Märtyrer.

KOMPAKT

BERLIN TEGEL

Klimaprotest am Flughafen

Mit einem Großeinsatz hat die Berliner Polizei auf Klimaproteste am Hauptstadtflughafen Tegel reagiert. Weil dafür auch die zum Flughafen führende Autobahnausfahrt gesperrt wurde, mussten am Sonntag zahlreiche Passagiere aus ihren Taxis steigen und zu Fuß die letzten Meter zum Flughafen laufen. Der Flugverkehr wurde nach Angaben der Polizei während der gesamten Zeit allerdings nicht behindert. Rund 50 Menschen demonstrierten zum Teil in Pinguinkostümen im Hauptgebäude aus Klimaschutzgründen gegen den Flugverkehr. Weitere 80 protestierten mit etwas Abstand zu dem Terminal auf dem Flughafengelände, wie ein Polizeisprecher sagte. Niemand durfte behindert werden, die Protestrufe sollten die Flughafendurchsagen nicht übertönen. Daran hätten sich die Demonstranten dann auch gehalten, sagte der Polizeisprecher.

IRAK

Zwölf Demonstranten sterben

Nach der Einigung der politisch führenden Kräfte im Irak auf ein entschiedenes Vorgehen gegen die Protestbewegung ist die Gewalt eskaliert: In der Hauptstadt Bagdad wurden bei blutigen Zusammenstößen mit Sicherheitskräften neun Demonstranten getötet, im südlichen Basra kamen drei Protestierende ums Leben. Amnesty International warnte vor einem „Blutbad“. Zuvor hatten sich die wichtigen politischen Akteure nach Angaben aus Verhandlungskreisen hinter den umstrittenen Ministerpräsidenten Adil Abd al-Mahdi gestellt und einem Vorgehen gegen die Protestbewegung „mit allen Mitteln“ zugestimmt. Teile Bagdads glichen am Wochenende einem Schlachtfeld. In Bagdad und mehreren süd-irakischen Städten hatte sich Anfang Oktober eine Protestbewegung gegen die Korruption und hohe Arbeitslosigkeit im Land formiert, die inzwischen den Sturz der Regierung fordert. Bei den Straßenkämpfen mit der Polizei starben bereits mehr als 300 Menschen.

IRAN

Neues Atomkraftwerk wird gebaut

Der Iran hat mit dem Bau eines zweiten Atomkraftwerks (AKW) in der Hafestadt Buschehr am Persischen Golf begonnen. Das gab Atomchef und Vizepräsident Ali Akbar Salehi bekannt. Das neue AKW soll einen 1000-Megawatt-Reaktor haben und bis 2023 fertiggestellt sein. Gleich danach will der Iran mit dem Bau eines dritten AKWs beginnen, das dann bis 2025 in Betrieb genommen werden soll. Das Atomkraftwerk in Buschehr dient zivilen Zwecken und ist zur Energiegewinnung und -versorgung gedacht. Wegen der Zusammenarbeit mit Russland stand das erste AKW in Buschehr auch nie im internationalen Fokus, auch weil Russland für die Sicherheit und atomtechnischen Belange zuständig ist. Die beiden neuen AKWs sollen ebenfalls in Zusammenarbeit mit Russland gebaut werden.

worden. Es handele sich um einen „fachsichtlichen Putsch-Plan“, schrieb er auf Twitter. Zuvor hatten sich Einheiten der Elite-Polizeieinheit Utop in mehreren Städten auf die Seite der Demonstranten gestellt.

Morales ist seit 2006 an der Macht. Seine Kandidatur für eine vierte Amtszeit war heftig umstritten. Boliviens Verfassung hätte eine weitere Kandidatur des seit 2006 amtierenden Präsidenten eigentlich nicht zugelassen, das Verfassungsgericht gestand Morales 2017 dennoch das Recht auf eine weitere Amtszeit zu. Seit Wochen wird Südamerika von einer Welle der Proteste erschüttert. Trotz vielerorts sprudelnder Einnahmen aus dem Rohstoffgeschäft ist es den Regierungen der Region nicht gelungen, die Gewinne gerecht zu verteilen. AFP